

VON GRIMMIGEN MÄRCHEN UND GESPENSTERN

GEGENMITTEL GEGEN KRISE, AUTORITARISMUS UND RECHTSPOPULISMUS AUS DEN ERFAHRUNGEN DER KRISENBEWEGUNGEN IN SPANIEN UND GRIECHENLAND UND WAS DAS ALLES MIT UNS ZU TUN HAT.

Ein Beitrag zur Strategieentwicklung von Partei und Bewegungen von Mario Candeias

Auf die Krise folgt ein autoritäres Krisenmanagement. Schon zuvor zersetzt der Neoliberalismus schrittweise die Grundlagen der sozialen Demokratie. Die Folge sind eine wachsende Wahlabstinentz und die Stärkung rechter Kräfte bei uns und in ganz Europa, von der AfD bis zum Front National. In Spanien und Griechenland hingegen gelang es diesen Entwicklungen von links wirksam etwas entgegenzusetzen. Dort kommt es zu einer dynamischen Reorganisierung der Linken. Auf Basis erneuerter Bewegung und Organisation sind in Griechenland wie in Spanien Wahlsiege der Linken in erreichbare Nähe gerückt. Was können wir daraus lernen für eine breitere Verankerung und Verbreiterung der Mosaiklinken?

Das Gespenst der Krise ist zurück, auch hierzulande. Wer soll uns die Autos und Maschinen noch abkaufen? Noch hält das grimmige Märchen: Wir haben es richtig gemacht. Seht, wie es dem Rest Europas ergeht. Bei einigen ist es die Hoffnung, es werde schon nicht so schlimm, andere halten still aus Angst. Wie lange noch wird das Märchen vom Aufschwung in Deutschland geglaubt? Trotz rasant wachsender Ungleichheit und der Verfestigung sozialer Spaltungen bleibt noch genug, um durchzukommen. Es reicht sogar, um ein paar nicht nur kosmetische Korrekturen an der Agenda-Politik vorzunehmen: ein unvollständiger Mindestlohn und für einige die Rente mit 63. Solange China und andere Ökonomien die Nachfrage nach deutschen Exporten hochhalten, sprudeln die Steuereinnahmen. Die schwarze Null wird zum neuen Fetisch.

Derweilen werden Kürzungspolitiken, Schuldenbremse und Agenda 2010 den europäischen Nachbarn übergeholfen oder in voreuseilendem Gehorsam von ihnen selbst umgesetzt. Das Ergebnis ist bekannt: eine Spirale des Elends in den Krisenländern. Das Tal sei durchschritten, es gehe wieder bergauf, tönt es. Tatsächlich ist der Schuldenstand der betreffenden Länder wieder gestiegen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich massiv verschlechtert. Vereinzelt liegt das Wachstum, von einem sehr geringen Niveau aus, wieder bei 0,1 Prozent (Spanien) oder 0,3 Prozent (Griechenland). Es wird *Jahrzehnte* dauern, bis die Wohlstandsverluste wieder aufgeholt sind.

Für die deutsche Exportökonomie ist das nicht so wichtig, solange China ... siehe oben. Doch China reduziert – teilweise bewusst – die Wachstumsraten. Aufstrebende Ökonomien wie Brasilien, Indien, die Türkei oder Indonesien kämpfen um Stabilität. Die USA sind seit der Krise als globaler Konsument ausgefallen. Kurz, die Nachfrage nach Exportgütern aus Deutschland wächst nicht mehr, ist instabil. Nur zur Erinnerung: Die größten relativen Wachstumseinbrüche in Europa in 2008 hatte die Bundesrepublik zu verzeichnen. Zu einseitig war die Ausrichtung auf Export. Frankreich hingegen wurde für seine stabilere Binnenökonomie gelobt.

In Zeiten des von Kürzungspolitiken getriebenen Konkurrenzkampfes wurde dies der französischen Ökonomie zur Falle. Das Wachstum blieb aus, auch in Italien. Mittlerweile ist klar, dass das Austeritätsregime in der EU nicht ewig weitergeführt werden kann. Hollande und Renzi drängen auf die Lockerung des Fiskalpaktes. Investitionsprogramme der EU sollen die Wirtschaft wieder ankurbeln. Ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit soll eines der schlimmsten sozialen Probleme mildern. Doch was als keynesianische Wende daherkommt, endet vorerst kläglich: Sowieso schon geplante Investitionen werden vorgezogen, nicht verbrauchte Fonds erneut zur Verfügung gestellt. Und das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit

ist so klein, dass selbst bürgerliche Ökonomen Witze machen, man könne jedem Jugendlichen die paar Euros einfach in die Hand drücken und sich die aufwendige Bürokratie sparen. Nix mit Keynes.

Im Gegenteil: Jugendarbeitslosigkeit und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sollen durch die Flexibilisierung «verkrusteter» Arbeitsmärkte und Steuererleichterungen für Unternehmen bekämpft werden. Die schleichende Selbstvernichtung der Sozialdemokratie, die Schröder und Blair begonnen hatten, könnten Hollande/Valls und Renzi nun weiter vorantreiben. Bereits Zapatero in Spanien oder Papandreou in Griechenland gingen diesen Weg. In Frankreich steht bereits der Front National bereit, um zu übernehmen.

Nun kommt der Krisendiskurs auch hierzulande zurück. Man dürfe sich nicht auf den Lorbeeren der Agenda 2010 ausruhen, deren Einführung auch schon über zehn Jahre zurückliegt. Es bedürfe anhaltender «Strukturreformen»: der Durchsetzung der diversen Freihandelsabkommen TIPP & Co, die Aussetzung des gerade erst beschlossenen, aber noch nicht einmal eingeführten Mindestlohns und der Frauenquote in den Führungsetagen der Unternehmen. Höhere Investitionen werden ausgeschlossen, denn die schwarze Null, der ausgeglichene Haushalt, soll nicht gefährdet werden.

Woher kommt die Konjunkturintrübung so plötzlich, wundern sich bürgerliche Wirtschaftsjournalisten, die aus der Krise nichts lernen. Als schon im letzten Quartal das Wachstum in Deutschland zurückging, hieß es allen Ernstes: das Wetter. Nun sind es die Ukraine-Krise und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland – angesichts von nur drei Prozent Anteil der Warenausfuhr nach Russland an den Gesamtexporten nicht besonders überzeugend. Hauptsache, der Zusammenhang zur Kürzungspolitik in Europa wird nicht deutlich. Bewusste Desinformation oder bornierte Medien? Ein grimmiges Märchen eben. Dabei sind Wachstum, Inflation und Zinsen «im Trend schon seit mehr als 25 Jahren zurückgegangen» (Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.10.14, 21). Laut Eurostat liegt das Wachstum seit 2007 in Deutschland bei 5,5 Prozent, im Durchschnitt also bei ca. 0,7 Prozent pro Jahr (ebd., 20).

Klügere Ökonomen sorgen sich: Eine europaweite Deflation droht.¹ Mit geldpolitischen Mitteln ist dann nicht mehr viel zu machen, über lange Zeiträume nicht. Für den Fall der Fälle hält die EZB außergewöhnliche Maßnahmen parat, gar ein massives Ankaufprogramm für Anleihen wie in den USA. Dies könnte durchaus Wirkung zeigen – mit einem Haken: Die finanzielle Überakkumulation, die riesige Blase des händelnd nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals wächst und wächst. Wie lange noch, bis zum nächsten Crash? Die Situation in der Bundesrepublik ist keineswegs so stabil, wie sie meist dargestellt wird. Wie könnte sie auch in Zeiten großer Krise und kapitalistischer Transformation? Das «Paradies» ist bedroht.

1. KLASSENSPEZIFISCHE ENT- UND ERMUTIGUNG

Die Prekarisierung wächst vielleicht nicht mehr im selben Tempo wie in den vergangenen 20 Jahren: Aber Unsicherheit, Erschöpfung, Hamsterrad sind alltägliche Begleiter geworden. Die Spaltungen verfestigen sich. Wer langzeitarbeitslos wird, bleibt es auch. Die Gruppe der von Armut Betroffenen ist größer geworden, macht nun ein Viertel der Bevölkerung aus. Die Austrocknung der sozialen Infrastrukturen schreitet voran. Wohnraum zu bezahlbaren Preisen wird nicht nur in den Metropolen zum Megaproblem. Die Zukunftsperspektiven sind für viele mehr als unsicher. Es handelt sich dabei nicht um Randgruppenphänomene, vielmehr um eine sich verallgemeinernde gesellschaftliche Entwicklung. Die Angst vor dem Abstieg wirkt auch in den vermeintlich gesicherten Milieus.

Denn Prekarisierung und Unsicherheit führen auch bei Teilen der bedrohten Mitte und der vom Abstieg betroffenen Mitte zu verbreiteter Vereinzelung und zum Rückzug ins Private, zu Anpassung und rascher Vermehrung psychischer Erkrankungen. Die Prekarisierung der Arbeit, so Klaus Dörre, wird zur Produktion «gefügiger Arbeiter» und Bürger genutzt (Dörre 2005, 255). Verletzte Gerechtigkeitsgefühle gehen auf die «Erfahrung oder Befürchtung» von Beschäftigten zurück, dass sie «trotz harter Arbeit und vielfältiger Opfer

¹ Die Inflationsrate im Euroraum ist laut Eurostat auf 0,3 Prozent gesunken. Ohne die schwankungsanfälligen Preise für Lebensmittel und Energie liegt die sogenannte Kerninflationsrate immer noch bei 0,8 Prozent, also deutlich unter der Zielmarke der EZB von 2 Prozent. Der Anstieg der Industriegüterpreise liegt sogar bei nur 0,2 Prozent, ein deutlicher Indikator für die stagnative wirtschaftliche Situation (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.14, 18).

ihren bisherigen Lebensstandard und sozialen Status nicht halten oder angestrebte Ziele» nicht erreichen können (ebd.: 139). Der implizite gesellschaftliche Vertrag – harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung und Anerkennung – wurde einseitig aufgelöst. Das führt zu Enttäuschungen und Aggressionen, die auf Gruppen gerichtet werden, die die Zumutungen anscheinend umgehen, weniger leisten müssen und trotzdem gut leben – etwa Flüchtlinge, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger.

Diese Begründungsfiguren sind gerade nicht beschränkt auf sogenannte Modernisierungsverlierer, sondern finden sich auch und vor allem bei jenen, die sich vom Abstieg bedroht fühlen, und jenen – in ihrer Selbstwahrnehmung – «Leistungsträgern», die ihre sozioökonomische Position halten oder verbessern konnten, aber um den Preis erhöhter Arbeitslast, ausufernder Arbeitszeiten und hoher Flexibilität. Solche Ängste, Unsicherheiten und Ohnmachtserfahrungen werden von rechts aufgegriffen, indem die Menschen als passive Opfer übermächtiger Gegenspieler angesprochen werden; ähnlich bei der nostalgischen Anrufung der vermeintlich guten alten Zeiten und der Glorifizierung traditioneller Gemeinschaften.

Hier greift die rechtspopulistisch doppelte Abgrenzung «des Volkes» (oder «der Mitte») nach oben, von den Eliten, und nach unten, von den Ausgestoßenen (Hentges u.a. 2003, 132), artikuliert als «Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten» und «gegen den Druck der politischen Korrektheit» (Flecker/Hentges 2004, 146). Dabei handelt es sich allerdings um eine konformistische Rebellion, weil sie durchaus im Einklang mit vielen neoliberalen Prinzipien steht.

Die Krise verdichtet sich hier nicht wie in den Ländern Südeuropas, doch kommt es zur Verfestigung sozialer Spaltungen. Die soziale Demokratie als Voraussetzung einer zumindest dem Anspruch nach gleichberechtigten Teilhabe an demokratischen Entscheidungen wird ausgehöhlt. Während die bedrohte Mitte noch Teilhabe und Beteiligung einklagt, führt die Aushöhlung der sozialen Demokratie zur *klassenspezifischen Entmutigung* des sogenannten abgehängten Prekariats, vieler Niedriglöhner, aber auch der bedrohten Mitte – eine Teilnahme an demokratischer Willensbildung erscheint angesichts mangelnder Einflussmöglichkeiten als wenig erfolgversprechend (Candeias 2011, Kahrs 2014). Die Demokratie bringt für wachsende Teile der Bevölkerung zumindest subjektiv keine materiellen Ergebnisse mehr.

Das Gegenstück ist eine *klassenspezifische Ermutigung*: der grün-bürgerliche Wutbürger und seine Demonstrationen gegen riesige Infrastrukturprojekte und Atomstrom oder für eine ökologische Ernährungsweise (in der Regel getrennt von sozialen Problematiken) einerseits sowie der Wirtschaftsbürger der AfD andererseits bis hin zu den neuen Protestformationen wie PEGIDA, die alle das populäre Thema bedienen: «Die da oben sind doof und machen sich die Taschen voll» (Harald Schmidt). Die Frage von Resignation, politischer Proteste/Partizipation oder postpolitischer Proteste ist eine von gesellschaftlichen Spaltungen entlang von Klassenfraktionen, ethno-nationaler Zuschreibungen, spezifischer Lebensweisen und politischer Orientierungen. In Entmutigung und Ermutigung drückt sich eine wachsende Krise der Repräsentation aus. Diese öffnet Raum für antidemokratische Positionen.

Zur dramatischen Zunahme ökonomischer und sozialer Ungleichheit kommen also politische Ungleichheit und eine Zurückdrängung demokratischer Lebensweisen hinzu. Respektabilitätsgrenzen werden gezogen, vor allem von «oben»: Teile der vom Abstieg bedrohten Mitte grenzen sich gegen die weiter unten ab; die etablierte bürgerliche Klasse produziert populäre Bilder (z.B. Sarrazin), die eine autoritäre Erziehung der Arbeitslosen, Migranten und anderer subalternen Gruppen legitimieren sollen. Konservative wie Paul Nolte scheuten sich schon vor Längerem nicht, die verschärfte Polarisierung von Einkommen, Macht, Bildung und Konsumweisen als Neukonturierung der Klassengesellschaft zu bezeichnen. Angewidert von dem selbst entworfenen Bild der «gefährlichen Klassen» plädiert Nolte sogar für mehr Klassenbewusstsein der bürgerlichen Klasse gegenüber der *urban underclass*.

Jenseits und innerhalb der Nationalstaaten hat sich zudem eine transnationale Bourgeoisie etabliert, die mit all dem nur noch wenig zu tun hat: eine verselbständigte Klasse der Reichen und Superreichen, der «plutokratischen Extremisten» (Thomas Picketty), die sich der Finanzierung des demokratischen Gemeinwohls entziehen. Picketty hat mit seiner Untersuchung gezeigt, dass die dramatische Zunahme von Ungleichheit ein geradezu säkularer Trend ist, auch in der Bundesrepublik: Der Reichtum wächst schneller als die gesamte Wirtschaft, die Spaltungen der Gesellschaften verfestigen sich – mit unabsehbaren Folgen für das demokratische Zusammenleben (vgl. Rilling 2014a; 2014b).

In den Politiken des Krisenmanagements in der EU zeigt sich eine autoritäre Wendung des neoliberalen Projekts. Sie hatte sich bereits vor der Krise angedeutet: Immer wieder wurde die europäische Ebene als Hebel genutzt, um Sozial- und Arbeitsrechte auszuhöhlen sowie Kapital- und Marktlogik zu stärken – und zwar nicht erst seit der Krise 2008, sondern spätestens mit dem Projekt des europäischen Binnenmarktes. In der Krise verdichtet sich die antidemokratische autoritäre Wendung zu einem «autoritären Konstitutionalismus». Dies geht über eine postdemokratische Situation hinaus, in der formal fortbestehende demokratische Verfahren entleert werden. Hier geht es um eine offen autoritäre Setzung von Recht bei gleichzeitigem Bruch mit demokratischen Verfahren. Auch der von Stephan Gill einst beschriebene neoliberale Konstitutionalismus beruhte auf einer europarechtskonformen und zumindest vom passiven Konsens getragenen Verrechtlichung neoliberaler Dogmen. Der neue autoritäre Konstitutionalismus zählt weder auf Recht noch auf Zustimmung. Sein Zwangscharakter tritt nicht nur in Südeuropa immer offener zutage.

Das vorläufige Ergebnis ist eine Vertiefung der Krise, die Zuspitzung multipler Ungleichheiten und die Verbreitung eines autoritären Klimas – von «oben» *und* von «rechts». Es kommt zu einer Immunisierung der Institutionen gegenüber Ansprüche aus der Zivilgesellschaft, zur Aufkündigung sozialer Rechte (z.B. dem Recht auf Gesundheitsversorgung), aber auch zu verschärften Diskriminierungen aufgrund von geschlechtlichen oder ethno-nationalen Zuschreibungen (Beispiele: Frankreich, BRD, Ungarn), sexueller Orientierung oder (a-)religiöser Überzeugungen. Frauenrechte (das Recht auf Abtreibung in Spanien), LGBT-Rechte (z.B. Frankreich und Kroatien) oder Flüchtlingsrechte werden wieder infrage gestellt. Dieser autoritäre Neoliberalismus bereitet den Boden für rechte Kräfte.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 brachten zwar eine Stärkung linker Kräfte in den Krisenländern mit sich. Spektakulär waren jedoch die Stimmengewinne der nationalpopulistischen, rechtsradikalen und neofaschistischen Kräfte. Der subjektiv erfahrenen Ungerechtigkeit kann individuell nicht begegnet werden, was Ohnmachtsgefühle verstärkt. Dies bringt Teile der bedrohten Mitte in Gegnerschaft zur vorhandenen Form der Vergesellschaftung.

In Ländern, wo die politische Linke bedeutungslos geworden ist, wo soziale Bewegungen schwach sind oder als Teil des etablierten Systems unfähig sind, gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen, entwickeln sich Anti-Parteien: in Italien die Cinque Stelle (die Fünf-Sterne-Bewegung) von Beppe Grillo oder in Polen die Palikot-Partei.

Problematischer noch: Andere, alte grimmige Märchen, vielmehr Gespenster kehren zurück. Es gewinnen rechtspopulistische und rechtsextreme bis hin zu neonazistischen Parteien an Stärke, etwa in Griechenland, Schweden oder Italien und vor allem in Ungarn, dem ersten EU-Land, in dem das Parlament einem Verfassungsgericht das Recht auf die Prüfung von Gesetzen hinsichtlich ihrer Verfassungskonformität entzogen hat – und nicht zu vergessen in Großbritannien und Frankreich, wo UKIP und der Front National bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu führenden Parteien aufgestiegen sind (in Frankreich begleitet von einer beschleunigten Selbstvernichtung der Sozialdemokratie).

Die *zentrale Konfliktlinie* verdichtet sich auf folgenden Gegensatz:

SOZIALE DEMOKRATIE UND GLEICHHEIT VERSUS SOZIAL GESPALTENE DEMOKRATIE

MIT MULTIPLLEN UNGLEICHHEITEN, WACHSENDER PREKARITÄT IN EINEM AUTORITÄREN WETTBEWERBSETATISMUS VON OBEN UND UNTEN

Die gesellschaftliche Linke sieht sich in einer Situation, in der sie erstens die liberale Demokratie verteidigen muss, die sie zu Recht wegen ihrer Verkürzung auf eine formale Demokratie mit formal politischer Gleichheit und beschränkt auf das politische Feld (bei Immunisierung ökonomischer Herrschaft) immer kritisiert hat. Zweitens muss sie auch die soziale Demokratie (Abendroth) sogar in ihrer sozialdemokratisch verengten Form eines umverteilenden, paternalistischen Sozialstaates angesichts seiner autoritären «Modernisierung» und austeritätspolitischen Aushöhlung verteidigen. Der Anspruch auf politische wie soziale Gleichheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Freilich kann die Linke nicht dabei stehenbleiben, Angriffe auf die liberale und soziale Demokratie abzuwehren. Sie muss darüber hinaus drittens eigene sozialistische Praxen gesellschaftlicher Organisation entwickeln. Es reicht nicht aus, sich in eine vermeintliche «antifa-

schistische Front» mit bürgerlichen Kräften einzureihen, also auch mit den nach wie vor dominanten neoliberalen Kräften des Blocks an der Macht, die ja hauptverantwortlich sind für die Aushöhlung der Demokratie und damit für den Aufstieg rechter Kräfte.

2. RECHTSPOPULISMUS UND DIE LINKE

Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland: Die Eurokritik allein hätte den Aufstieg der AfD kaum konsolidieren können. Zu deutlich wäre der Klassencharakter der Partei der wütenden marktradikalen Professoren, die eher mit Arroganz und Verachtung den Subalternen gegenüberreten (anders als bei den «Arbeiterparteien» UKIP und Front National, die besser gesellschaftlich verankert sind). Entsprechend wird von der AfD eine strikte Austeritätspolitik, inklusive weiterer Kürzungen bei Sozialleistungen, eine Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen und die Beschneidung demokratischer Rechte für Prekäre («Wahlrecht nur für Nettosteuerzahler», vgl. Wiegel 2014, 86) gefordert. Der Spitzensteuersatz soll demgegenüber auf 25 Prozent gesenkt werden. Auch hinter den Forderungen einer Auflösung der Eurozone stehen vor allem die Verbände der Klein- und mittelständischen Familienunternehmen (vgl. Heine/Sablowski 2013) – die populären Klassen der Unzufriedenen lassen sich damit nur bedingt mobilisieren.

Erst das strategische Aufgreifen und Verstärken von antifeministischen, antimuslimischen, homophoben, antiliberalen und gegen Minderheiten gerichteten Positionen ermöglicht es der AfD, entgegen «ihrer Klassenzusammensetzung [...] auch populäre Missstimmung von «unten» in populäre Zustimmung zu verwandeln» (vgl. Hall 1982, 114): gegen «die da oben und «unten». In ihrem Kulturkampf bricht die Partei mit vermeintlichen Tabus der *political correctness*, spricht aus, was man angeblich nicht laut sagen dürfe, aber doch verbreitete Volksmeinung sei – eine Taktik, die bereits von Thilo Sarrazin erfolgreich eingesetzt worden ist: «Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muss sich wieder schließen» (Politische Leitlinien der AfD 2014, 7). Nicht zuletzt mit den Polemiken gegen die «Einwanderung in unsere Sozialsysteme» gelingt das Aufgreifen und eine «Ethnisierung der sozialen Frage» (Wiegel 2014, 83). Die prekäre «Wohlstandsinsel Deutschland» soll vor illegitimen, «fremden» Ansprüchen geschützt werden, ob vor Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgarien, vor überhöhten Ansprüchen von Sozialhilfeempfängern, vor Rettungsaktionen für die Krisenländer in Südeuropa, vor den Eurokraten oder vor den globalisierten Bankkonzernen, aber auch vor der Bedrohung von Identitäten durch «Überfremdung» im Zuge von Einwanderung oder vor «Umerziehung» durch die Post-68er. Was zunächst als spezifischer Elitendiskurs begann, wurde zu einer populären Stimmung, die etwa von PEGIDA aufgegriffen wurde.

Die antifaschistische Praxis, die Politik und Ideologie der Rechten zu skandalisieren, ihre Positionen aufzudecken und überzeugende Gegenargumente deutlich zu machen, ist notwendig. Dazu gehört auch die Verurteilung von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Bleibt es dabei, unterliegt man jedoch schnell einem «aufklärerischen Irrtum» – eine simple pädagogische Haltung wird von den Betroffenen aktiv zurückgewiesen –, zumal DIE LINKE von vielen selbst zum politischen Establishment gerechnet wird. Auch gelingt es damit in den seltensten Fällen, den Einfluss der Rechten zurückzudrängen.

Zu den klassischen Strategien gehört auch die gesellschaftliche Ächtung der unmittelbaren Proteste, bis hin zur zivilgesellschaftlichen Konfrontation, wie etwa in Köln erfolgreich gegen PRO-Köln praktiziert. Was bei spektakulären Blockaden gegen Nazis wie in Dresden funktioniert und breite Bündnisse der Zivilgesellschaft (auch gegen die Repression staatlicher Apparate) ermöglichte, ist jedoch bei Kampf gegen modernisierte rechte Massenparteien nur begrenzt hilfreich. «Hauptsächlich auf Protest orientiertes Herangehen entspricht nur partiell den Erfordernissen einer Gegenoffensive» (Gauthier 2004, 73). Dies ginge auch an den zum Teil berechtigten Ängsten und Problemen der bedrohten Mitte und der Prekären vorbei, die angesichts des Fehlens realer Alternativen erfolgreich von rechts aufgegriffen werden können. Da bedeutet im Umkehrschluss nicht, an allen Interessen von links anzuschließen: gegen gruppenbezogene Abwertungsdiskurse und antiemanzipatorische, Herrschaft reproduzierende Positionen muss natürlich eine Grenze gezogen werden. Auch kann es nicht darum gehen, auf demselben Terrain wie die Rechten zu agieren. Vielmehr sollte darum gehen, «andere Themen, Perspektiven und Werte» zu (wahl-)entscheidenden Punkten zu machen (Kahrs 2015).

Die klare Ablehnung des autoritären, neoliberalen Krisenmanagements zum Beispiel, war medial durchaus erfolgreich und wurde an der Wählerbasis der LINKEN überwiegend positiv aufgenommen. Besonders wichtig war dabei immer wieder, die Ursachen der Krise zu betonen und dies mit einer Perspektive der

Solidarität mit den Krisenopfern und -ländern zu verbinden und damit einen Klassenstandpunkt deutlich zu machen, statt sich durch eine nationalistische Deutung – wie zum Beispiel, dass die Konfrontation zwischen den Krisenländern und den «deutschen Steuerzahlern» verlaufe – spalten zu lassen. Gegen die geballte Propaganda gegen «faule Griechen» und andere vonseiten der Regierungen und der Leitmedien, die von rechts noch verschärft wurde, konnte dies nicht viel ausrichten. Doch hat die Linke sicherlich verhindert, dass noch mehr Menschen ihren Protest durch eine Wahl der AfD deutlich machten. Auch das konsequente Eintreten für eine Umverteilung, für eine Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwohls und des Öffentlichen hat sicherlich in diesem Sinne gewirkt – auch wenn entsprechende Kampagnen nicht die gewünschte Kraft entwickeln konnten.

Denn auch wenn große Teile der Bevölkerung häufig die Positionen der Linken teilen, auch viele der weitergehenden Forderungen (Umfragen bestätigen dies), bringt die richtige Forderung oder das richtige Argument noch keine automatische Perspektive der Durchsetzung. «Eine programmatische Debatte» über linke Optionen und Alternativen ist bestimmt sinnvoll, aber zahnlos. Im Gegenteil: Die Vermittlung umfassender Alternativen oder fertiger Utopien muss scheitern (Hirschfeld 2014, 101). Selbst wenn es gelingt sollte, einzelne, gezielte populäre Forderungen medial zu vermitteln: Auch die bessere populistische Anrufung verpufft ohne eine populäre Praxis nach kurzer Zeit.

3. GEGENMITTEL: STRATEGIEWECHSEL FÜR «WIRKLICHE» DEMOKRATIE

Immerhin erstaunlich, dass in Spanien und Griechenland, aber auch in Portugal der Aufstieg der ganz Rechten nicht stattgefunden hat beziehungsweise bei der Goldenen Morgenröte deutlich begrenzt wurde. Dort versammelte der Ruf nach «wirklicher Demokratie» ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen bei der Besetzung der Plätze. Auch wenn ein urbanes Prekariat Träger der Bewegung war, ging die Zusammensetzung auf den Plätzen weit darüber hinaus (Candeias/Völpel 2014, 47ff). Darauf konnte eine emanzipatorische, demokratische Praxis aufbauen, die den Protest in konkrete Organisation überführte.

Der Strategiewechsel: Ganz entscheidend ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus Griechenland und Spanien (Candeias/Völpel 2014), die begrenzten Ressourcen zu nutzen, um solidarische Netzwerke und Strukturen auf den Weg zu bringen, «die in der Lage sind, die unmittelbaren Bedürfnisse und Nöte zu befriedigen» (Porcaro 2010, 74) – keine «rein altruistischen», sondern «mutualistische, also auf gegenseitiger Hilfe basierende Vereinigungen» (Porcaro 2011, 33). Deren Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus Alltagspraxen teilen, Zwangsräumungen verhindern, Mieter organisieren, Arbeitskämpfe unterstützen etc. – oder eben Neofaschisten bekämpfen. Solidarnetzwerke, die so mehr Menschen in die Organisation einbeziehen, ob in soziale Bewegungen oder in Parteien und Gewerkschaften, die sich freilich selbst entsprechend reorganisieren.

Solche wechselseitigen Solidaritätsnetzwerke dürfen sich nicht darauf beschränken, einfach Hilfe anzubieten, sondern müssen selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung werden. Dies macht unter anderem die Stärke von Solidarity4all in Griechenland aus oder die von neuen Massenbewegungen wie der Plattform gegen Zwangsräumungen in Spanien (Candeias/Völpel 2014, 177ff u. 132ff).

In solchen Solidarstrukturen als organisatorischen Knoten kann «das Selbstbild der Menschen von dem, was sie erreichen können», verändert, «mit ihnen zusammen das Verständnis ihrer eigenen Fähigkeit zur Macht» entfaltet werden (Wainwright 2012, 122): «Wir sind viele» – diese Erfahrung stärkt das Vertrauen in die gemeinsame Handlungsfähigkeit.

Sie sind damit außerdem potenziell ein «wirksames Gegenmittel gegen (rechten) Populismus» (Porcaro 2011, 33). Darüber hinaus können sie auch Abhängigkeiten gegenüber (z.B. einer linken) Regierung mindern und Klientelismus vorbeugen. Sie beschränken sich nicht auf ein «bürgerschaftliches Engagement», das die Defizite des ausgedünnten Sozialstaates kompensiert, sondern zielen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der direkten Aneignung auf seine Rekonstruktion und seinen demokratischen Umbau. Ausbau und Demokratisierung des Sozialstaates sollen aus dieser Perspektive Mittel und Entscheidungsmacht in die Zivilgesellschaft umleiten. Dies wäre eine konkrete «linkspopulistische» oder besser «populär-demokratische» Option (Hall 1982).

Der Strategiewechsel kann als Wechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen) zum Materiellen (den Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse) bezeichnet werden: von der demokratischen Selbstvergesellschaftung auf den Plätzen zur Selbstermächtigung zu demokratischer Intervention in spezifische Alltagsproblematiken durch zivilgesellschaftliche Organisation. So konnte in Spanien wie in Griechenland die Basis verbreitert werden, weit über die üblichen Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus. Hier werden politische Subjekte geschaffen. Darin wird aber auch eine *verbindende* Praxis entwickelt: Sie fragt nach Ursachen, nach übergreifenden Problemen und Begrenzungen des Engagements durch institutionelle Schranken, organisiert übergreifenden Protest gegen Kürzungspolitik und autoritären Neoliberalismus, fokussiert insbesondere Strategiefragen mit Blick auf weitergehende gesellschaftliche Veränderung für «wirkliche Demokratie» und ein anderes Verhältnis von Politik und Ökonomie (hier scheint dann auch die Kapitalismuskritik deutlich auf). Darin wird auch politisiert mit Blick auf die autoritären Veränderungen, mit einer breiten Mobilisierung gegen neonazistische Aktivitäten, gegen Einschränkungen des Rechts auf Abtreibung, gegen Polizeibrutalität, Kriminalisierung etc. Darin lässt sich übergreifende Solidarität erfahren. Die Suche nach einer «wirklichen Demokratie» bietet in den konkreten Ländern immer wieder eine Orientierung hin auf gemeinsame Aktionen, Massenproteste und gemeinsame Perspektiven.

Und die neuen Demokratiebewegungen bleiben nicht dabei stehen: Es genügt nicht mehr, Plätze zu besetzen, die Straße zu erobern, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen, die Zivilgesellschaft zu organisieren. Sie zielen auf die Eroberung und Umgestaltung der Institutionen. Syriza in Griechenland (Candeias/Völpel 2014), die von Guanyem Barcelona (Colau 2014, Candeias 2014) ausgehenden Plattformen für die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen in ganz Spanien oder Podemos (Iglesias 2014, Zelik 2014, Candeias 2014) symbolisieren Verdichtungspunkte, die die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Selbstorganisation und des Protests in die Perspektive der Machtergreifung übersetzen. Die enge Verknüpfung von zivilgesellschaftlicher Organisation und der Suche nach Parteien beziehungsweise Plattformen neuen Typs, die parlamentarische Aktivität mit zivilgesellschaftlichen Versammlungen und Räten zu verbinden suchen, bieten eine Grundlage für verbindende Praxen jenseits der simplen Repräsentation.

4. MEHR KOTTI & CO STATT BLOCKUPY, MEHR ORGANISIERUNG STATT PROGRAMMATIK

Auch bei uns gibt es die Debatte um eine entsprechende Strategie, die sich stärker der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse zuwendet und dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbindet. In den Bewegungen hieße das: ein anderes Verhältnis von Kampagnen/Protest-Events und konkreter Organisation über die linken Milieus hinaus entwickeln, wie sie etwa bei Mieterinitiativen wie Kotti & Co, Flüchtlingsprotesten und Recht-auf-Stadt-Bündnissen sichtbar wird, aber auch bei Bündnissen und Arbeitskämpfen etwa um die Personalbemessung an der Berliner Charité oder bei der Organisation der Prekären im Einzelhandel bei H&M, Zara und Co – vielversprechende Initiativen, die bislang aber *unverbunden* bleiben.

Die Partei Die LINKE hat teil an dieser Debatte, sie befindet sich auf der Suche nach einem neuen «strategischen Anker» (Kipping) jenseits der Anti-Hartz-IV-Partei. Auch hier geht es um ein produktiveres Verhältnis von neuen Initiativen des transformativen Organisierens (Williams 2013) und parlamentarischer wie medialer Arbeit der Partei. In allen Fällen geht es um Praxen, die verbreitern («mehr werden»), «verankern» und perspektivisch verbinden sollen (Kipping/Riexinger 2013). Noch gibt es nur Ansätze einer solchen verbindenden Praxis, wie sie in Spanien und Griechenland in Bewegungen und Parteien anderen Typs bereits erprobt wird.

Für die Partei DIE LINKE müsste dies auch heißen: Basisstrukturen der Partei zu stabilisieren, diese attraktiver für (nicht nur junge) Neumitglieder und politisch Interessierte zu machen, ihnen einen stärkeren Plattformcharakter zu verleihen, sich mit konkreten sozialen Problemen vor Ort und nicht vor allem mit sich selbst zu beschäftigen. Kurz: Es geht darum, Solidaritätsarbeit im Nahbereich mit politischer Organisation zu verbinden.

Oskar Negt sieht in der «Zerstörung lebensnotwendiger Zwischenebenen» eine Gefährdung der Demokratie als Lebensweise (zit. n. Kahrs 2015): Ebenen, wo Menschen ihre eigene Handlungsfähigkeit im Austausch mit anderen erleben können, wo sie soziale Beziehungen knüpfen, ihr Leben gestalten können.

«Das können Nachbarschaften sein, gewerkschaftliche Kommunikationszentren», lokale Initiativen, Basisorganisationen von Bewegungen oder Parteien. Wo solche Räume, Organisationen oder Institutionen verschwinden, «verlieren Menschen ihr Interesse am Gemeinwesen» (ebd.). Das Politische erschöpft sich nicht in «großer Politik», muss vielmehr im Alltag der Menschen ankommen und diesen selbst als Sphäre der Politik begreifen.

Das klingt banal, ist es aber keineswegs. Konzepte wie «Mitgliederpartei» versus «Bewegungspartei» greifen zu kurz, auch die Betonung der Funktion als parlamentarische Linke und als Stimme für linke Positionen und Programmatik in den Medien ist zu wenig: Zum Teil fällt es schwer, die unverzichtbare zivilgesellschaftliche Verankerung überhaupt noch zu denken – dabei war dies einmal die große Stärke von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, von Konsum- und Produktionsgenossenschaften, kollektiv organisiertem Wohnen wie zum Beispiel im «roten Wien». Vielfach ist nicht mehr zu erkennen, dass es auch darum gehen muss, «mehr zu werden», die Basis einer gesellschaftlichen Linken zu verbreitern. Die Selbstbeschränkung auf eine «kleine Partei» und eine bestimmte Rolle der parlamentarischen Repräsentation kann unter veränderten Bedingungen rasch dazu führen, dass die Partei von neuen Akteuren überholt und damit überflüssig wird. In Spanien ergeht es der Izquierda Unida, die zu spät ihren umfangreichen Erneuerungsprozess begonnen hat, gerade mit Podemos so.

Für die radikale Linke und soziale Bewegungen hieße dies vor dem Hintergrund der Bewegungen der Plätze (etwas überspitzt): künftig mehr materielle Intervention in soziale Problemlagen wie bei Kotti & Co und weniger symbolische Politiken wie bei Blockupy (Blockupy war in seinem Moment ein unverzichtbares Zeichen der Solidarität aus dem «Herzen der Bestie» mit der Bevölkerung in den südeuropäischen Krisenländern, lässt sich aber nicht jedes Jahr wiederholen – es droht die Gefahr der Ritualisierung).

Es ist nicht sinnvoll, der herrschenden Klasse in ihrer transnationalen Organisation zu folgen. Dies wurde schon am Beispiel der globalisierungskritischen Bewegung, deutlich: Zu wenige konnten einbezogen werden, der Gegner – damals IWF und G7, heute die EU – war kaum erreichbar. Den Bewegungen in Spanien und Griechenland hingegen gelang eine breite gesellschaftliche Verankerung, weit über die üblichen linken Verdächtigen hinaus. Das hindert sie nicht daran, an einem transnationalen Erfahrungsaustausch und an strategischen Debatten auf europäischer Ebene teilzuhaben. Aber angesichts begrenzter Ressourcen ist dies nicht die erste Priorität. Sie werden dort eingesetzt, wo die Bewegung gestärkt werden kann und Erfolge erzielt werden können. Im Ergebnis kann dann auch institutionelle Macht errungen werden, zunächst auf regionaler Ebene (bereits jetzt in Thessaloniki und Athen, demnächst möglicherweise in Barcelona und Madrid, vgl. Candeias 2014). In Griechenland wie in Spanien ist im nächsten Jahr auch ein Sieg der Linken auf nationaler Ebene möglich geworden: Syriza und Podemos liegen in Umfragen vorn (auch wenn in beiden Fällen die Koalitionsfrage offen bleibt). Zwei solche Wahlsiege wären ein kleines Erdbeben für die Verhältnisse in der Europäischen Union. Dann wäre eine Solidaritätskampagne erforderlich, um über den Bruch mit dem Austeritäts- und Schuldenregime die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.

5. DAS VERHÄLTNISS VON SELBSTORGANISATION UND REPRÄSENTATION NEU ZU DENKEN

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nicht um die Orientierung auf den Typus einer «Bewegungspartei». Auch wenn es gelingt, mehr Aktive vor Ort in konkrete Organisation einzubeziehen, wäre es ein Fehlschluss, diese Stärkung der Bewegungen oder der Partei als zivilgesellschaftlich verankerte als «Ausdruck der Bevölkerung» zu betrachten. Sie zeigen nur einen Ausschnitt, von Teilen, die über Zeit und Ressourcen für politisches Engagement verfügen. Die Partei muss auch Gruppen erreichen, die Bewegungen oft nur schwer oder gar nicht erreichen, die sich von der Politik vielleicht aus gutem Grund abgewendet haben. Eine Verankerung in den und eine Verbindung mit den aktiven Teilen der Bevölkerung und allerlei linken Organisationen und Bewegungen reicht nicht aus.

Die Tendenz, sich zu sehr auf die Selbstorganisation einer – durchaus wachsenden – aktivistischen Szene zu konzentrieren, geht dem Problem des Bündnisses mit den Marginalisierten und Enttäuschten oder der bedrohten Mitte aus dem Weg. Dies wiederum fördert Misstrauen «gegenüber den Träger_innen spezialisierten Wissens» (Porcaro 2011, 31). Die Spaltung behindert die Handlungsfähigkeit der populären Klassen und lässt Teile «zum Subjekt der populistischen Revolte gegen alle gesellschaftlichen ‹Vermittler›» (politische Klasse, Experten, linke Aktivisten, Intellektuelle jeglicher Art) werden (ebd.: 31f) – die da oben alle.

Wenn es keine überzeugende linke Alternative gibt, folgt eben manchmal die Orientierung auf einen politischen Anführer oder auf rechtspopulistische Anrufungen.

Dies erfordert das Verhältnis von Selbstorganisation und Repräsentation neu zu denken. Es geht darum, auch jene populären Klassen einzubeziehen, die «aus isolierten Individuen» bestehen, «die sich nicht durch Selbstorganisation verbinden». Es sind Fraktionen, die entweder nicht über die Ressourcen (Zeit, psychophysische Konstitution, «kulturelles Kapital», räumliche Nähe etc.) verfügen, um sich selbst zu organisieren, und/oder «die traditionellen Parteien kritisieren, aber trotzdem von einer «effizienten» Partei träumen, ein «Volk», das den Staat kritisiert, aber trotzdem einen einflussreichen Staat will, der in der Lage ist, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen“ (ebd.) oder diejenigen, die da oben kritisieren, aber einen Anführer suchen. Damit diese Gruppen nicht von neuen rechten oder (proto-)faschistischen Parteien eingebunden werden oder sich diffusen neuen Formationen anschließen, müsste eine linke Partei als Teil beziehungsweise spezifische Funktion eines Mosaiks nicht nur stärker zur Bewegungspartei werden, sondern wahrscheinlich «auch einige Wesenszüge der alten Massenpartei übernehmen». Sie müsste repräsentieren und vielleicht auch, «mit der gebotenen Vorsicht einige Aspekte einer Politik nutzen, die sich auf persönliches Charisma stützt» (ebd.) – ein postautoritäres Charisma einer Gruppe, das durch Überzeugung und Führung gekennzeichnet ist, mit der Durchsetzung sozialer Verbesserungen beziehungsweise mit dem Abbau sozialer Zwänge und Nöte die Handlungsfähigkeit der Einzelnen stärkt und Möglichkeiten zur Selbstaktivierung und Selbstregierung entwickelt. Repräsentation kann so verbindend wirken – freilich – in Erinnerung an Gayatri Spivak – immer in der Gefahr, die Subalternen der eigenen Sprache zu berauben beziehungsweise «für ihre Sprache taub zu sein» (Kaindl/Rilling 2011, 22). Repräsentation bleibt immer prekär.²

So operieren sowohl Syriza und Podemos mit charismatischen Führungspersönlichkeiten als auch Bewegungen wie die Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH, Bewegung gegen Zwangsräumungen in Spanien): Nachdem Ada Colau als Sprecherin der PAH zu einer Galionsfigur der Krisenproteste in Spanien geworden war, nahm sie ein neues Projekt in Angriff. Heute ist sie eine der Sprecherinnen von Guanyem Barcelona (Barcelona gewinnen), einer Bürgerplattform, die sich Ende Juni in Barcelona vorgestellt hat und eine radikaloppositionelle Kandidatur für die Bürgermeisterwahlen 2015 vorschlägt. Die Initiative ist breit angelegt. Sie richtet sich zunächst an die nicht organisierte gesellschaftliche Mehrheit, an jene, die weder in Bewegungen noch in Parteien aktiv sind. Ihre Basis sind die organisierten Viertel, die Bewegungen. Guanyem gelang es auch, (fast) alle politischen Organisationen der Linken und die Gewerkschaftsverbände von CCOO und (teilweise) UGT hinter sich zu bringen.

Das postautoritäre Charisma von Alexis Tsipras, Pablo Iglesias oder Ada Colau ist weniger ihr persönliches, noch ein durch ein Amt verliehenes. Vielmehr verdichtet sich in diesen Personen die Kultur einer Suche nach wirklicher Demokratie, nach neuen solidarischen Umgangsformen – sie repräsentieren die neuen politischen Formen (vgl. Candeias/Völpel 2014, 209). Entfernen sie sich davon, verlieren sie das entsprechende Charisma. Mit Blick auf die Selbstorganisation der sie tragenden Bewegungen wird sicher eher am Prinzip der Delegation als der Repräsentation orientiert. Postautoritäres Charisma ist daher etwas anderes als das autoritäre Charisma einer (tendenziell nicht mehr hinterfragbaren) Führungsfigur, die die Macht konzentriert. Vorläufig zumindest gelingt es den Organisationen damit, breite Teile der Bevölkerung auch jenseits der vielen Aktiven tatsächlich zu repräsentieren.

6. MITTE-UNTEN: GRUNDLAGEN FÜR EIN BÜNDNIS VON PREKÄREN, BEDROHTER UND SOLIDARISCHER MITTE

Das Gegenmittel muss mindestens drei Aspekte kombinieren: Die Partei DIE LINKE hat für viele ihr Protestpotenzial verloren. Ihre erfolgreiche Stabilisierung lässt sie selbst als Teil der etablierten Parteien erscheinen, nicht zuletzt in den östlichen Bundesländern, wo sie zum Teil Regierungspartei ist. Auch die (häufig ritualisierten) Protestformen der gesellschaftlichen Linken sind offensichtlich für viele jenseits der üblichen Verdächtigen nicht mehr attraktiv. Die Artikulation der Unzufriedenheit kann über eine Verbindung mit entsprechenden Interventionen in konkrete soziale Alltagsprobleme neue Attraktivität vermitteln, durch

² Der Widerspruch reduziert sich nicht auf eine Gefahr der Ungerechtigkeit gegenüber den Repräsentierten. Ein «disparates und disloziertes Klassensubjekt» lässt sich nicht unhinterfragt zum politischen Subjekt aufwerten, sondern schließt im Anschluss an Marx «eine Kritik des Subjekts» und eine Kritik der Vorstellung einer «Subjektivität einer kollektiven Handlungsfähigkeit» ein (Spivak 1988, 31f).

eine Verbindung von Protest, direkter Verbesserung sozialer Lagen und erlebter Selbstermächtigung. Damit kann a) der Hinwendung von Unzufriedenheit zu rechten Protestparteien durch Teile der bedrohten Mitte und von prekarierten sozialen Gruppen entgegengewirkt und deren Unmut auf erreichbare Gegner gelenkt werden (statt auf «Sündenböcke»). Vor allem aber kann b) auch der klassenspezifischen Entmutigung der Prekären etwas entgegengesetzt werden.

Zugleich können diese Formen der Intervention und Organisierung c) eine Grundlage für Mitte-unten-Bündnisse legen, die Solidarität in den Mittelpunkt stellen. Es gibt eine nach wie vor solidarische Mitte. Sie ist jedoch durch die Entmutigung des «Unten» oder durch die Formen der Protestartikulation von unten diesen sozialen Gruppen zunehmend entfremdet. Ihr eignes zivilgesellschaftliches Engagement verläuft meist getrennt von den unteren sozialen Gruppen, organisiert sich um Proteste und Themen, die an den Bedürfnissen und Interessen der Prekären vorbeigehen beziehungsweise sich nicht mit ihnen verbinden: zum Beispiel Stuttgart 21, Anti-Castor-Proteste oder Bewegungen für ökologischen Konsum und Postwachstum. Eine verbindende Perspektive dieser Kämpfe wäre die Forderung nach einer entgeltfreien sozialen Infrastruktur. Sie umfasst eine bedingungslose sozialökologische Grundversorgung, etwa in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Mobilität, Internet, sowie eine kostenlose Gesundheitsversorgung, das Recht auf Bildung und Weiterbildung sowie ein Recht auf bezahlbares Wohnen (vgl. Steckner/Candeias 2014) – Bereiche, in denen Kämpfe der solidarischen Mitte (z.B. Initiativen für Rekommunalisierung oder gegen Gentrifizierung) und erneuerte solidarische Netzwerke (z.B. für die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, gegen Zwangsräumungen und überhöhte Mieten) zusammenkommen können.

Die Beispiele eines populären Projekts wie in Spanien und Griechenland (auch wenn die Verhältnisse noch nicht ganz vergleichbar sind) zeigen, wie eine verbindende gesellschaftliche Partei wirksam werden kann. Sie überwindet die alten Vorstellungen der klassischen Massenpartei wie die Trennung von Partei und Bewegung. Die verbindende Partei ist «die Vereinigung der unterschiedlichen (politischen) Subjekte in Formen, die die bestehenden Unterscheide nicht beseitigen wollen» (Porcaro 2010, 73), die die Autonomie der unterschiedlichen Organisationen und Funktionen sichert und Alltagspolitik, Selbstorganisation und Repräsentation neu verknüpft (ausführlich dazu vgl. Candeias/Völpel 2014, 205ff).

LITERATUR

Alternative für Deutschland (2014): Politische Leitlinien, Mai, unter: <http://alternativ fuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-für-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf>.

Candeias, Mario (2011): Handlungsfähigkeit und Transformation, in: LuXemburg 2/11, S. 6–13.

Candeias, Mario (2014): Wirkliche Demokratie und die Eroberung der Institutionen. Dynamische Reorganisation der Linken in Spanien, in: Neues Deutschland, 9.8.14, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/941800.wirkliche-demokratie-und-die-eroberung-der-institutionen.html.

Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg.

Colau, Ada (2014): Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen!, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen.

Dörre, Klaus (2005): Prekarität. Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: WSI-Mitteilungen 5/2005, S. 250–258.

Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun (2004): Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa, in: Bischoff, Joachim u.a. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg, S. 119–149.

Gauthier, Elisabeth (2004): «Front National», flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, in: Bischoff, Joachim u.a. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus, Hamburg, S. 45–70.

Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer und autoritärer Populismus, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderheft 78, Berlin, S. 104–124.

- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): Der deutsche Machtblock in der europäischen Krise, in: LuXemburg 2/13, S. 108–113.
- Hentges, Gudrun u.a. (Hrsg.) (2003): The Abandoned Worker. Socio-Economic Change and the Attraction of Right-wing Populism, Wien.
- Hirschfeld, Uwe (2014): Schwierigkeiten mit der Utopie. Gedanken zur Parteientwicklung der Linken, in: LuXemburg 3/14, S. 98–105.
- Iglesias, Pablo (2014): Dass wir eine absolute Mehrheit anstreben, ist Ausdruck einer Notwendigkeit, Interview in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/dass-wir-die-absolute-mehrheit-anstreben-ist-ausdruck-einer-notwendigkeit.
- Kahrs, Horst (2015): Zerfall des Mythos von der «Mitte» – Ausbreitung eines «sozialen Nationalismus», im Erscheinen.
- Kahrs, Horst (2014): Demokratie und Gleichheit, Manuskript, Berlin.
- Kaindl, Christina/Rilling, Rainer (2011): Eine neue «gesellschaftliche Partei»? Linke Organisation und Organisation, in: LuXemburg 4/11, S. 16–27.
- Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreitern, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, unter: www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden.
- Porcaro, Mimmo (2010): Partei in der Krise. Chancen für eine rifundazione?, in: LuXemburg 1/10, S. 71–75.
- Porcaro, Mimmo (2011): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, in: LuXemburg 4/11, S. 28–35.
- Rilling, Rainer (2014a): Pikettys Big Data, in: LuXemburg 2/14, S. 126–131.
- Rilling, Rainer (2014b): Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, November 2014, unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2014/november/thomas-piketty-und-das-maerchen-vom-gleichheitskapitalismus>.
- Spivak, Gayatri (1988): Can the subaltern speak?, Wien 2008.
- Steckner, Anne/Candeias, Mario (2014): Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 11/2014, Berlin, unter: www.rosalux.de/publication/40601/geiz-ist-gar-nicht-geil.html.
- Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen, in: LuXemburg 3/12, S. 118–125.
- Wiegel, Gerd (2014): Rechts der Union. Wie die AfD den Spagat zwischen Eliteprojekt und Rechtspopulismus versucht, in: LuXemburg 1/14, S. 82–87.
- Williams, Steve (2013): Fordert alles! Lehren aus dem Transformativen Organizing, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, unter: www.rosalux.de/publication/39323/fordert-alles.html.
- Zelik, Raul (2014): 11 Thesen zu Podemos und der «demokratischen Revolution» in Spanien, in: Luxemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/thesen-zu-podemos-und-der-demokratischen-